

Konjunkturlage in Deutschland

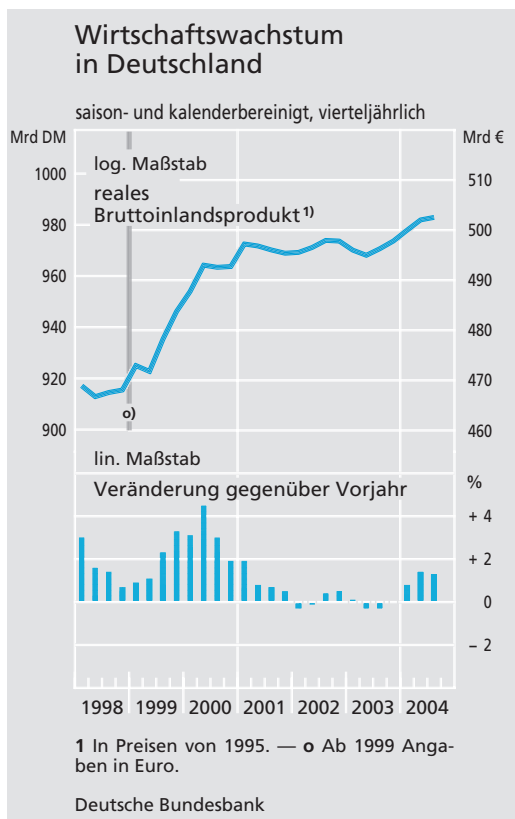
Grundtendenzen

Die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die im ersten Halbjahr ein beachtliches Tempo erreicht hatte, ist in den Sommermonaten kaum weiter vorangekommen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes belief sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal 2004 auf 0,1 %. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich arbeitstäglich gerechnet wie auch in den unbereinigten Ursprungswerten eine Rate von 1,3 %. Im Durchschnitt der ersten neun Monate des laufenden Jahres beträgt die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei Ausschaltung des Arbeitstageeffekts 1,2 %, den Ursprungswerten nach sind es 1,6 %.

*Konjunkturell
schwaches
Quartals-
ergebnis,
aber...*

Die jetzige Phase im Erholungsprozess weist einmal mehr darauf hin, dass bislang ein sich selbst tragender, breit angelegter Aufschwung nicht zustande gekommen ist. Vielmehr stützt sich die Belebung bisher sehr einseitig auf die Auslandsnachfrage. Dies macht die Konjunktur besonders empfindlich gegenüber außenwirtschaftlichen Wechsellagen und Störeinflüssen. Da sich zudem die zyklische Bewegung entlang eines recht flachen Wachstumstrends vollzieht, sind Stockungsphasen der gesamtwirtschaftlichen Produktion oder temporäre Rückschläge keineswegs ungewöhnlich. Nur wenn es gelingt, die endogenen Kräfte der Binnenkonjunktur zu revitalisieren, wächst auch die Widerstandsfähigkeit in Bezug auf exogene Schocks und Risikofaktoren. In der jetzigen Lage aber hatte die deutsche Wirtschaft der Beruhigung

*... Erholungs-
szenario weiter
intakt*



der Exporttätigkeit nicht viel entgegensetzen, zumal die höheren Ölpreise das inländische Realeinkommen und die hieraus gespeiste Nachfrage nach heimischen Gütern ebenfalls belasteten. Immerhin konnte sich trotz des ungünstigen Umfelds der private Konsum auf dem Niveau vom Frühjahr halten, und bei den Ausrüstungsinvestitionen ist es zu einer deutlichen Zunahme gekommen, die aber mit steigenden Importen einherging. Ähnliches gilt für die Vorratsentwicklung, die ebenfalls einen Wachstumsbeitrag leistete. Die Belastungen durch die Bauinvestitionen fielen zuletzt nicht mehr so stark aus, obgleich hier die Talsohle wohl immer noch nicht erreicht sein dürfte.

Folgt man den jüngsten Befragungen des DIHK oder des ifo Instituts, ist das Erholungs-

szenario nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Kaum abzuschätzen ist derzeit allerdings, ob es nicht für gewisse Zeit Abstriche beim zyklischen Tempo geben könnte. Offensichtlich vollzieht sich der Übergang von der ersten Phase der Konjunkturerholung hin zu einer zusätzlich von der Inlandsnachfrage gestützten Aufwärtsbewegung zäher als erwartet. Nachdem die Nachfrage nach Heizöl im dritten Quartal noch rückläufig gewesen war, dürften zunehmende Käufe im vierten Quartal viel Kaufkraft binden. Und die von vielen Firmen und im öffentlichen Dienst angekündigten beziehungsweise beschlossenen Kürzungen von Jahresonderzahlungen und anderer außertariflicher Lohnbestandteile beschränken den laufenden Ausgabenspielraum der privaten Haushalte.

*Abstriche beim
Wachstums-
tempo möglich*

Nach der sehr dynamischen Ausfuhrstätigkeit im ersten Halbjahr war die im Sommer beobachtete Atempause bei den Ausfuhren im Grunde nicht außergewöhnlich. Die weiterhin gute Weltkonjunktur, die Exporterwartungen der Unternehmen und auch die jüngsten Daten zu den Auftragseingängen aus dem Ausland sprechen dafür, dass sich die außenwirtschaftlichen Impulse im Schlussquartal 2004 wieder beleben werden, auch wenn die jüngste Abwertung des US-Dollar leicht dämpfende Effekte auf die Exportentwicklung haben könnte.

*Chancen für
außenwirt-
schaftliche
Besserung*

Positiv zu werten ist auch, dass von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den letzten Monaten viel Flexibilität bewiesen worden ist und man sich auf moderate Tarifverträge sowie Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten in Deutsch-

*Günstigere
Rahmen-
bedingungen*

land einigen konnte. In Verbindung mit den eingeleiteten Reformen haben sich damit wichtige Voraussetzungen für eine Wende am Arbeitsmarkt verbessert. Darüber hinaus deutet die bisherige Entwicklung bei den Ausrüstungen nicht darauf hin, dass sich das Investitionsverhalten der Unternehmen strukturell verändert hätte (vgl. Erläuterungen auf S. 38f.). In die gleiche Richtung geht die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal.

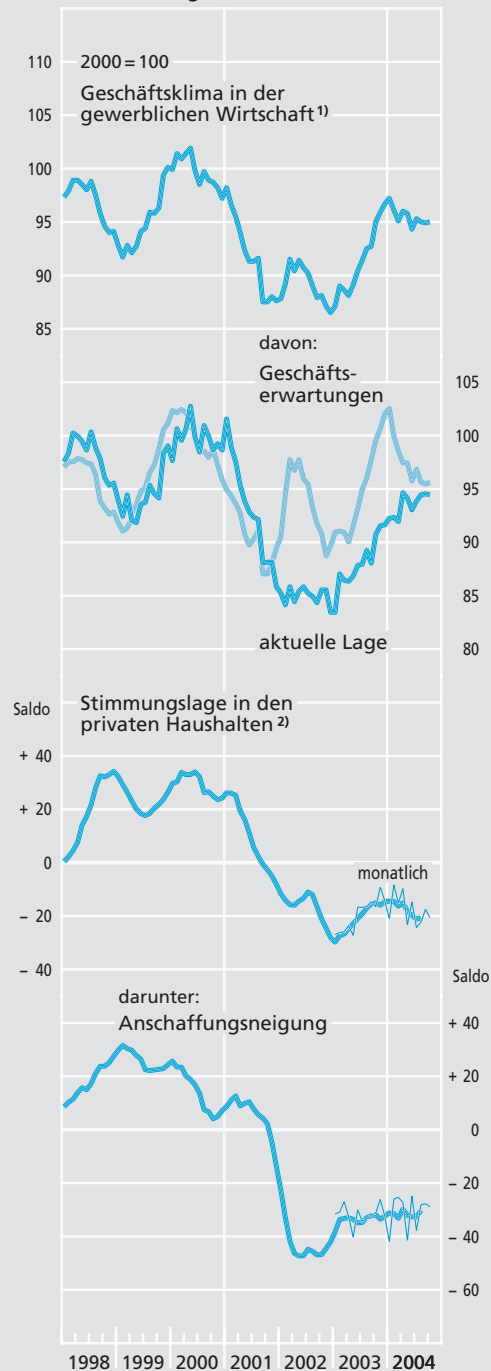
Produktion und Arbeitsmarkt

Beruhigung der Industrie- produktion

Die Beruhigung der Auslandsaktivitäten hat sich in der Geschäftsentwicklung der Industrie besonders deutlich niedergeschlagen. Der Anstieg der Produktion, der im Gefolge der lebhaften Nachfrage im zweiten Quartal spürbar stärker geworden war, schwächte sich nach der Jahresmitte wieder ab. Dabei hat auch die sommerliche Ferienzeit mitgespielt. Insbesondere im August ist die Erzeugung wegen einer Häufung der Urlaubstage eingeschränkt worden. Im dritten Vierteljahr insgesamt, dessen zusammenfassende Betrachtung sich zum Ausgleich der Sondereinflüsse empfiehlt, hielt sich die Produktion nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen weitgehend auf dem Niveau des vorangegangenen Dreimonatszeitraums, der einen Zuwachs von rund 1¾ % gebracht hatte. Der Anstieg im Vorjahrsvergleich belief sich auf etwa 4 %, nach 4½ % im zweiten Quartal. Dies signalisiert unverändert eine kräftige Besserung der Industriekonjunktur.

Stimmungslage in der gewerblichen Wirtschaft und in den privaten Haushalten

saisonbereinigt, monatlich



1 Quelle: ifo Institut. — 2 Nach Angaben der GfK. Gleitende Fünfmonatsdurchschnitte.

Deutsche Bundesbank

Investitionsverhalten der Unternehmen im gegenwärtigen Zyklus – Hinweise auf einen Strukturbruch?

Seit dem zweiten Halbjahr 2003 ist die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland tendenziell aufwärts gerichtet. Vorbereitet von lagerzyklischen Einflüssen wurde die Erholung durch starke Impulse vom Außenhandel initiiert. Aber ein Jahr nach Beginn der Erholung ist noch keine Verbreiterung der Wachstumskräfte eingetreten. Das „typische Wachstumsszenario“ in den gesamtwirtschaftlichen Prognosen sieht vor, dass ausgehend von einem außenwirtschaftlichen Impuls die Binnenkonjunktur vor allem durch ein Anziehen der unternehmerischen Investitionstätigkeit an Fahrt gewinnt, während der Private Verbrauch zeitlich verzögert (z.B. als Folge einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage) wachstumsstützend wirkt. Die lang anhaltende Abwärtsbewegung der privaten Investitionstätigkeit hat aber Zweifel daran aufkommen lassen, dass die gegenwärtige Investitionsschwäche rein zyklischer Natur sei. Im dritten Quartal 2004 hat die gewerbliche Investitionstätigkeit offensichtlich zwar deutlich zugelegt; gleichwohl könnte eine strukturelle Änderung des Investitionsverhaltens eingetreten sein.

Die unten stehende Tabelle weist die rechnerischen Anteile von Verwendungsaggregaten an der kumulierten Veränderung des saison- und arbeitstäglich bereinigten

realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) binnen Jahresfrist seit dem jeweiligen zyklischen Tiefpunkt aus. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Erholungsphasen trägt seit dem zweiten Halbjahr 2003 kein Bestandteil der inländischen Endnachfrage positiv zum Wirtschaftswachstum bei. Die jüngste Aufwärtsentwicklung wird zum weitaus größten Teil vom Außenbeitrag getragen. Dabei ist nicht nur die Expansion der Exporte im historischen Vergleich als außergewöhnlich einzustufen, sondern auch in Rechnung zu stellen, dass diesmal die Importe wegen der gedrückten Entwicklung der Binnennachfrage vergleichsweise schwach expandierten.

Folgt man dem Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, so ist der gegenwärtige Erholungsprozess bislang vor allem deshalb als untypisch anzusehen, weil er auch nach einem Jahr noch nahezu vollständig auf der außenwirtschaftlichen Dynamik fußt. Die bisher ausgebliebene Verbreiterung der Wachstumsbasis kann aber nicht allein der schwachen Investitionstätigkeit der Unternehmen „angelastet“ werden. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, dass beim Privaten Verbrauch ebenso wie beim Wohnungsbau kaum Anzeichen einer Besserung zu erkennen sind. Daher bleiben die Unternehmen insbeson-

Erholungsphasen seit 1970 im Bild der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Erholungsphasen 1)	BIP 2)		Rechnerischer Anteil der Verwendungsaggregate an der kumulierten BIP-Veränderung (in % 2) 3)				
	kumulierte Veränderung (in Mrd €)	Öffentliche Nachfrage 4)	Private Konsumausgaben	Private Anlageinvestitionen		Außenbeitrag	
				Nichtwohnbauten	Wohnbauten	insgesamt	davon: Exporte
3. Vj. 1975 bis 2. Vj. 1976	13,6	6	36	20	8	2	33
1. Vj. 1983 bis 4. Vj. 1983	9,5	7	36	29	11	-29	17
3. Vj. 1993 bis 2. Vj. 1994	10,2	15	28	-1	43	30	95
3. Vj. 2003 bis 2. Vj. 2004	7,4	-7	-30	-19	-7	142	298

1 Aus Gründen der Vergleichbarkeit einheitlich als einjährige Periode nach dem zyklischen Tiefpunkt definiert. — 2 Saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte in Preisen von 1995; Stand: August 2004. — 3 Differenzenquotient, wobei die kumulierte Veränderung binnen Jahresfrist ab dem zyklischen Tiefpunkt berechnet wird. — 4 Konsumausgaben des Staates und öffentliche Investitionen. — 5 Der

Standardfehler des geschätzten Koeffizienten ist in Klammern angegeben. — 6 Die gewerblichen Investitionen umfassen die privaten Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen sowie in gewerblich genutzte Nichtwohnbauten. — 7 Durchgeführt wurden sog. OLS-Residuen basierte CUSUM-Tests; vgl. dazu: W. Ploberger und W. Krämer (1992), The CUSUM Test with OLS Residuals, *Econometrica* 60,

dere mit Erweiterungsinvestitionen zurückhaltend, zumal die Kapazitäten vielfach noch unterausgelastet sind.

Den kreislaufanalytischen Befund ergänzt eine ökonomische Untersuchung des Investitionsverhaltens der Unternehmen, wobei vor allem die Frage interessiert, ob sich am aktuellen Rand ein Strukturbruch statistisch nachweisen lässt. Mit Hilfe des Akzeleratormodells kann für die gewerbliche Investitionstätigkeit ein enger langfristiger Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Grunddynamik begründet werden, dessen Schätzung im Rahmen eines Vektorfehlerkorrekturmodells auf Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte in der Stichprobe ab 1970 die Kointegrationsbeziehung

$$i_t - 1,18 y_t$$

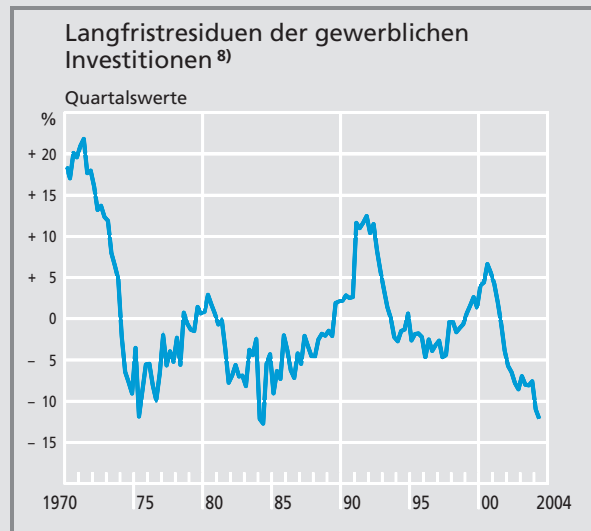
(0,17)

liefert,⁵⁾ wobei i_t die gewerblichen Investitionen⁶⁾ und y_t das BIP – beide Größen logarithmiert und in realer Rechnung – darstellen.

Wie das nebenstehende Schaubild zeigt, weisen die zyklischen Schwankungen der gewerblichen Investitionen um ihren langfristigen Gleichgewichtswert eine beachtliche Volatilität auf. Mit diesen wäre der bereits vier Jahre anhaltende Rückgang des Investitionsvolumens durchaus in Einklang, sofern das im Sommer 2004 erreichte Niveau in etwa dem unteren Wendepunkt entspräche. Eine ökonomische Modellierung des Investitionsverhaltens unter Berücksichtigung obiger Langfristbeziehung sowie geeigneter Regressoren für die Kurzfrisdynamik liefert eine Residualstruktur, welche zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine statistisch signifikante Evidenz für eine Strukturveränderung erbringt.⁷⁾

Bei unterstellter Strukturkonstanz (d.h. unter Gültigkeit einer solchen Modellgleichung in der Zukunft) würden die gewerblichen Investitionen im Rahmen einer fortge-

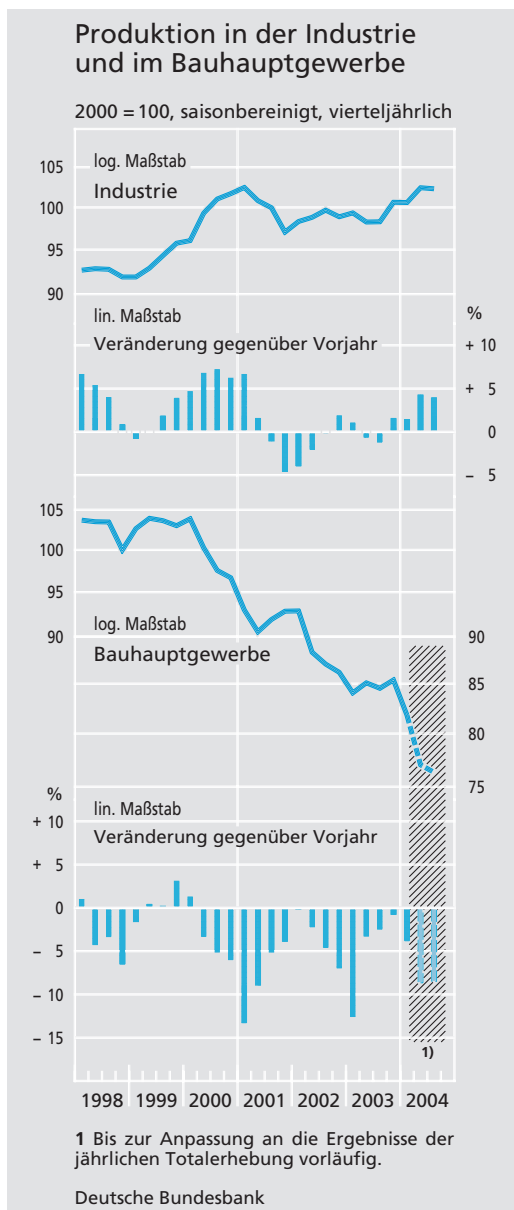
2: 271-285. Zur Verbesserung der Testgüte am aktuellen Rand wurden dabei alternative kritische Werte angewendet; vgl.: A. Zeileis (2004), Alternative Boundaries for CUSUM Tests, Statistical Papers 45: 123-131. Anwendung fand ferner ein neuer Test von D.W.K. Andrews (2004), End-of-Sample Instability Tests, Econometrica 71, 6: 1661-1694. — 8 Die Langfristresiduen messen die prozentuale Abweichung vom langfristi-



setzten gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in absehbarer Zukunft an Fahrt gewinnen und so die Wachstumsbasis zunehmend verbreitern. Ökonomisch sprächen für diese Sichtweise die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen sowie im Fall der Ausrüstungsinvestitionen der durchaus beträchtliche Ersatzbedarf. Beim Wirtschaftsbau schlägt hingegen negativ zu Buche, dass es den Unternehmen derzeit offensichtlich an Perspektiven mangelt, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten.

Alles in allem wäre es nach derzeitiger Datenlage verfrüht, von einer strukturellen Veränderung im Investitionsverhalten der Unternehmen zu sprechen. Das Wachstumsprofil der gegenwärtigen Erholungsphase hat im historischen Vergleich dennoch besondere Züge. In der Investitionsschwäche manifestieren sich einmal mehr die strukturellen Probleme der deutschen Volkswirtschaft. Dazu gehören die weit verbreitete Verunsicherung der privaten Haushalte, die zukünftigen demographischen Belastungen sowie die nur allmählich nachlassenden Funktionsstörungen am Arbeitsmarkt.

gen Gleichgewichtswert und ergeben sich hier durch Regression der Kointegrationsbeziehung auf eine Konstante und eine Dummyvariable, welche den statistischen Bruch infolge der Wiedervereinigung einfängt.



Folgt man den Umsätzen, so ist in den Sommermonaten insbesondere die Fertigung für das Ausland zurückgegangen, während die Inlandsaktivitäten weit weniger berührt worden sind. Betroffen waren neben den Konsumgüterproduzenten speziell die Hersteller von Investitionsgütern. Hier ist die Produktion im dritten Quartal saisonbereinigt nicht höher gewesen als zuvor, und das Plus im Vorjahrsvergleich verringerte sich von $6\frac{1}{4}\%$ auf

$5\frac{1}{2}\%$. Nicht zuletzt die Automobilindustrie und der Maschinenbau verloren – nach einem hohen Fertigungsniveau im Frühjahr – an Dynamik. Die Hersteller von Vorerzeugnissen dagegen weiteten ihre Produktion nochmals leicht aus. Insbesondere in der chemischen Industrie wurde die Erzeugung, die zuvor über längere Zeit hin weitgehend unverändert geblieben war, deutlich hochgefahren.

Die Geschäftsaktivitäten in der Bauwirtschaft haben sich auch im Sommer nicht verbessert. Immerhin hat sich der Rückgang der Produktion des Bauhauptgewerbes saisonbereinigt im dritten Quartal deutlich verlangsamt. Die Tendenz einer allmählichen Stabilisierung auf niedrigem Niveau zeichnet sich ab. Wie gering die Erzeugung inzwischen ist, wird auch daran erkennbar, dass der Vorjahrsstand im Zeitabschnitt Juli bis September nochmals um $8\frac{1}{2}\%$ unterschritten wurde. Selbst eine positive Korrektur im Rahmen der Totalerhebung um drei bis vier Prozentpunkte, wie sie in den letzten Jahren zu verzeichnen war, dürfte das Minus bei weitem nicht ausgleichen. Besonders ungünstig war die Lage im Hochbau, wobei vom Wohnungsbau über den gewerblichen bis zum öffentlichen Bau alle großen Sparten gleichermaßen betroffen waren. Der Tiefbau schnitt demgegenüber zwar etwas besser ab. Mit einem Produktionsrückstand von $6\frac{1}{2}\%$ im Vorjahrsvergleich (nach gegenwärtigem Datenstand) war die Situation aber auch hier nicht grundlegend anders. Dies gilt gleichermaßen für das Ausbaugewerbe. Die geleisteten Arbeitsstunden unterschritten im zweiten Quartal 2004, über das die statistischen Angaben gegenwärtig nicht hinaus-

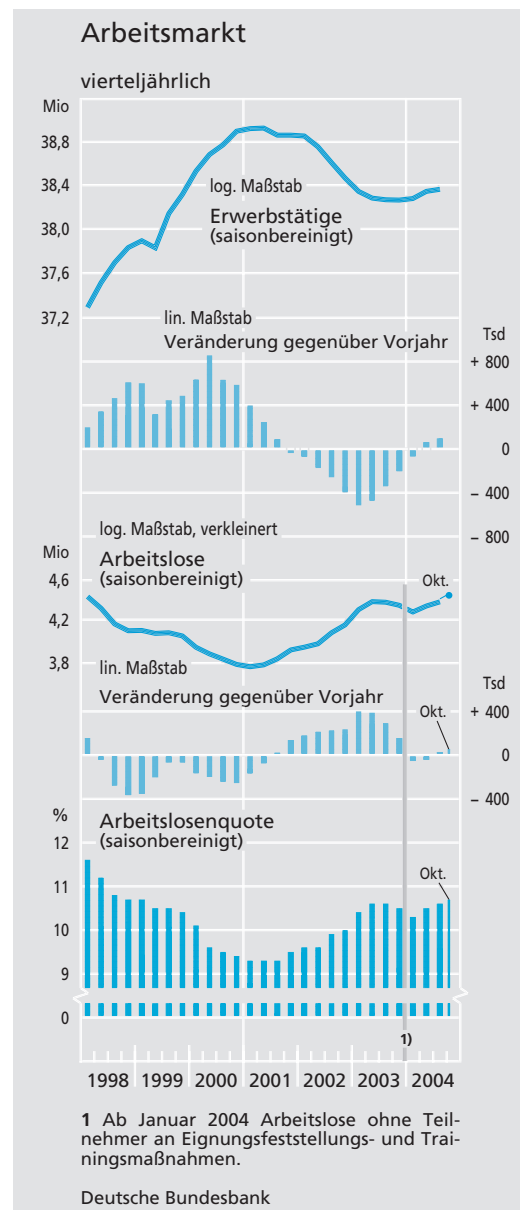
*Schwache
Bauaktivitäten*

Moderate
Dienstleistungs-
konjunktur

reichen, das Vorjahrsergebnis um 7 ½ %, bei den Umsätzen waren es 5 %.

Die für den Dienstleistungssektor vorhandenen Indikatoren deuten auf eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung in jüngerer Zeit hin. Zahlreiche verbrauchsnahe Branchen standen weiterhin im Zeichen der Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte. Immerhin sind die Umsätze des Einzelhandels im Sommer nicht weiter gesunken. Allerdings blieben sie nach wie vor – wie auch in manchen Fachzweigen auf der Großhandelsstufe – hinter den Vorjahrsergebnissen zurück. Belastet waren insbesondere die Geschäfte mit Kraftfahrzeugen, während speziell pharmazeutische Erzeugnisse sich sowohl auf der Großhandels- als auch der Einzelhandelsstufe einer lebhaften Nachfrage erfreuten. Die unternehmensbezogenen Zweige des Großhandels schnitten ebenfalls vergleichsweise positiv ab. Die Dynamik schwächte sich mit der Beruhigung der Industriekonjunktur teilweise aber etwas ab.

Im Gastgewerbe hat sich die allmähliche Konsolidierung der Lage in den Beherbergungsbetrieben, die zu einer stetigen Verringerung der Umsatzrückgänge im Vorjahresvergleich geführt hatte, im Sommer nicht fortgesetzt. Auch bei einigen unternehmensorientierten Dienstleistern kam die im Frühjahr zu verzeichnende Besserung der Geschäftslage in den letzten Monaten ins Stocken. Nach den Umfragen des ZEW gilt dies nicht zuletzt für die Anbieter von EDV-Dienstleistungen und im IKT-Handel. Darüber hinaus ist vielfach sowohl in den Unternehmensberatungen als auch unter den Architekten der Optimismus



hinsichtlich einer positiven Entwicklung wieder gedämpfter gewesen. Demgegenüber waren technische Beratung sowie Forschung und Entwicklung weiterhin gefragt. Auch im Telekommunikationsbereich sowie bei Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern wurde vermehrt eine gute Umsatzentwicklung gemeldet. Ein massiver Kostenanstieg durch die internationale Preishausse auf den Ölmärkten

*Ungünstige
Arbeitsmarkt-
entwicklung*

machte insbesondere dem Verkehrsgewerbe zu schaffen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich aus konjunktureller Sicht auch in der letzten Zeit kaum gebessert. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen nach einer erneuten Revision der Angaben durch das Statistische Bundesamt seit Anfang 2004 gestiegen und erreichte im August saisonbereinigt 38,39 Millionen. Das waren rund 110 000 Personen mehr als im Dezember 2003 beziehungsweise 105 000 mehr als ein Jahr zuvor. Die positive Korrektur beruhte zu einem guten Teil auf der statistischen Erfassung von zusätzlichen geringfügigen Beschäftigten, die nicht zuletzt in den privaten Haushalten tätig sind. Es ist nicht auszuschließen, dass die von der Bundesregierung durchgeführte Aktion gegen Schwarzarbeit dabei mitgespielt hat und Haushaltshilfen verstärkt gemeldet wurden. Auch die Zahl der Selbständigen ist nach oben korrigiert worden, was zu einem Teil mit den von der Arbeitsmarktpolitik geförderten Ich-AGs zusammenhängt. Die Beschäftigung in der Industrie ist demgegenüber bis in den Sommer hinein gesunken, wenngleich mit abnehmenden Raten. Im August wurde das Niveau des Vorjahres um gut 1½ % unterschritten. Im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe ging der Personaleinsatz gleichfalls weiter zurück, wobei die Reduzierungen binnen Jahresfrist im oberen einstelligen Bereich lagen. Darüber hinaus meldeten zahlreiche Branchen des Dienstleistungssektors, unter anderem der Groß- und Einzelhandel sowie die vom ZEW befragten unternehmensnahen Dienstleister, einen weiterhin unter dem Vorjahr liegenden Beschäftigungsstand.

Gegen eine bereits erkennbare konjunkturelle Aufhellung am Arbeitsmarkt spricht auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis in den Herbst hinein. Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis zum Oktober saisonbereinigt auf 4,46 Millionen. Der Stand vom Januar dieses Jahres wurde damit um fast 190 000 überschritten. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs von 55 000 Personen. Berücksichtigt man die methodische Korrektur zu Jahresbeginn, durch die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zu den Arbeitslosen gezählt werden, so errechnet sich ein Anstieg binnen Jahresfrist um 185 000 Personen. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober in der Rechnung der Bundesagentur auf saisonbereinigt 10,7 %; folgt man der internationalen Methode waren es 10,0 %. Der Vergleichsstand vom Jahresanfang 2004 wurde jeweils um rund einen halben Prozentpunkt überschritten.

Zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben weiterhin entlastend gewirkt. Direkte Förderungen einer Beschäftigung wurden im Oktober rund 375 000 Personen gewährt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Ich-AGs und teilweise auch um Personal-Service-Agenturen (PSA). In Arbeitsbeschaffungsprogrammen waren knapp 120 000 Teilnehmer gemeldet. Bei etwa 80 000 Personen förderte die Arbeitsverwaltung eine Altersteilzeit. 395 000 ältere Arbeitnehmer nahmen die vorruhestandsähnlichen Regelungen in Anspruch, bei denen sie nicht mehr als arbeitslos registriert werden. 110 000 Personen standen in Eignungsfest-

*Anstieg der
Arbeitslosigkeit*

*Umfangreiche
arbeitsmarkt-
politische
Maßnahmen*

Zu den Arbeitsmarktwirkungen von „Hartz IV“

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) werden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer staatlichen Grundsicherung für Arbeitsuchende, das Arbeitslosengeld II, zusammengeführt. Das neue Recht tritt zum 1. Januar 2005 in Kraft. Es ist zu erwarten, dass hiervon spürbare Effekte auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit ausgehen. Eine quantitative Abschätzung ist allerdings gegenwärtig nur unter Vorbehalt möglich und mit großen Unsicherheiten behaftet.

Als gesichert kann gelten, dass sich Anfang Januar viele bisherige Sozialhilfeempfänger als arbeitslos registrieren lassen werden, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II zu erhalten. Überlegungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit, die auf der Statistik der Sozialhilfeempfänger 2003 beruhen, kommen zu einem Ergebnis von rund 300 000 für das kommende Jahr. Da der Zugang an Arbeitslosen zu Jahresbeginn stattfinden wird, gelten die genannten Zahlen auch bei einer jahresdurchschnittlichen Betrachtung.

Entlastung kommt dagegen durch die im Rahmen der Eingliederungsmaßnahmen vorgesehenen Arbeitsmöglichkeiten. Hierbei handelt es sich um gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten, für die neben dem Arbeitslosengeld II eine so genannte Mehraufwandsentschädigung in Höhe von 1 € bis 2 € je gearbeiteter Stunde gezahlt wird. Ausgehend von den hierfür bereitgestellten finanziellen Mitteln hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit das Potenzial auf 600 000 Arbeitsplätze beziffert. Davon bestehen schätzungsweise bereits 200 000 bis 250 000 Arbeitsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger. Nach Meldung der Bundesagentur sind bis Oktober bundesweit weitere 45 000 Arbeitsmöglichkeiten geschaffen worden, so dass für das Jahr 2005 mit zusätzlich 300 000 Arbeitsmöglichkeiten gerechnet werden kann. Da diese erst nach und nach entstehen, ergibt sich unter der Voraussetzung eines relativ gleichmäßigen Zuwachses im Jahresdurchschnitt ein Bestand von 150 000 Arbeitsmöglichkeiten. Entsprechend wird sich die Zahl der Arbeitslosen verringern und die Zahl der Erwerbstätigen zunehmen.

Ein weiterer Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit ist unter den derzeitigen Beziehern von Arbeitslosenhilfe zu erwarten, die nach den neuen Regelungen wegen eines eigenen anrechenbaren Vermögens oder eines ausreichenden Familieneinkommens keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II haben. Dies dürfte für rund eine halbe Million Personen zutreffen. Diese Größenordnung ist sowohl vom IAB als auch von Seiten der Gewerkschaften anhand von Basisinformationen der Bundesregierung abgeleitet worden. Um aus dieser Gruppe diejenigen herauszunehmen, die nach einiger Zeit ihre Meldung als Arbeitsloser zurückziehen dürften, kann auf Erfahrungen aus dem Jahr 2003 zurückgegriffen werden. Damals war im Gefolge der Neuausrichtung der Arbeitsvermittlung unter dem

Auswirkungen von „Hartz IV“ auf die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005

Position	Veränderung
Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, die bisher nicht als arbeitslos registriert waren	+ 300 000
Arbeitslosengeld II – Empfänger mit einem „Ein-Euro-Job“	– 150 000
Bisherige Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die keinen Anspruch auf ALG II haben und ihre Arbeitslosmeldung nicht mehr aufrecht erhalten	– 100 000
Intensivierte Vermittlungstätigkeit	– 25 000
Geschätzte Gesamtwirkung	+ 25 000

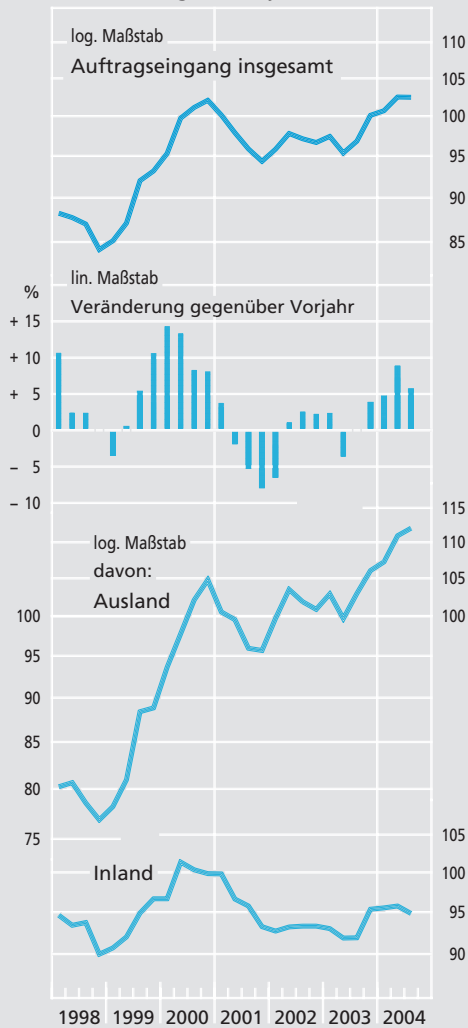
Motto „Fördern und Fordern“ circa ein Fünftel der arbeitslos registrierten Nichtleistungsempfänger ausgeschieden. Diesen Anteil auf die aus der Unterstützung ausscheidenden Hilfeempfänger angelegt, ergibt jahresdurchschnittlich betrachtet rund 100 000 Abmeldungen.

Schließlich ist die Annahme nicht unrealistisch, dass die von der Bundesregierung angestrebte Intensivierung der Vermittlungstätigkeit in Verbindung mit strikteren Zumutbarkeitsregelungen zu einer Verminderung der registrierten Arbeitslosigkeit führt. Allerdings erscheint die in diesem Zusammenhang genannte Zahl von 100 000 ausscheidenden Personen eher die Obergrenze zu bilden. Geht man von 50 000 Abgängen im Jahresverlauf aus, ergibt dies im Jahresdurchschnitt ein Minus von 25 000. Die Beschäftigung dürfte nicht ganz so stark zunehmen, da es erfahrungsgemäß teilweise zu einem Rückzug in die Stille Reserve kommt.

Fasst man die genannten Teileffekte zusammen, so zeigt sich, dass der Umfang registrierter Arbeitslosigkeit durch „Hartz IV“ im Jahresdurchschnitt 2005 wohl nicht nennenswert beeinflusst wird. Die Zahl der Erwerbstätigen dagegen wird sich erhöhen. Zu Jahresanfang dürfte es allerdings zu einem kräftigen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit kommen. Dieser wird nach und nach nicht nur wieder abgebaut werden, im Laufe der Zeit dürfte er sogar in einen zunehmenden Rückgang einmünden. Die Beschäftigung wird nach einem langsamen Beginn kontinuierlich ansteigen. Nimmt man die allmähliche Verbesserung am Arbeitsmarkt, die von der zyklischen Komponente getragen wird, noch hinzu, könnte es 2005 zu einer Trendwende kommen. Diese fällt freilich bei der Betrachtung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten oder der geleisteten Arbeitsstunden weniger deutlich aus als in einer rein personenbezogenen Rechnung.

Nachfrage nach Industriegütern

Volumen, 2000 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Deutsche Bundesbank

stellungs- und Trainingsmaßnahmen, Kurse für eine berufliche Weiterbildung besuchten 165 000 Teilnehmer. Die im Jahr 2005 von dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen („Hartz IV“) zu erwartenden Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit sind in den Erläuterungen auf Seite 43 schätzungsweise quantifiziert worden.

Auftragslage

Die Beruhigung des Auslandsgeschäfts hat sich in den Auftragseingängen bei der Industrie deutlich niedergeschlagen. Darüber hinaus waren die Sommermonate Juli und August durch unterschiedliche Ferieneinflüsse geprägt. Während im Juli die (Schul-)Ferien eher geringer als in den letzten Jahren üblich waren und daher die Geschäftsaktivitäten vergleichsweise wenig behindert wurden, war der August als Haupturlaubsmonat besonders betroffen. In der Zeit von Juli bis September insgesamt sind die Auftragseingänge nach Ausschaltung der jahreszeitlich normalen Schwankungen ebenso hoch wie im zweiten Quartal gewesen. Damit hat sich die Phase einer stetig steigenden Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen, die im Frühjahr 2003 begonnen und ein Auftragsplus von rund 7½% gebracht hatte, zunächst nicht fortgesetzt.

Abgeschwächte Nachfrage nach Industriegütern

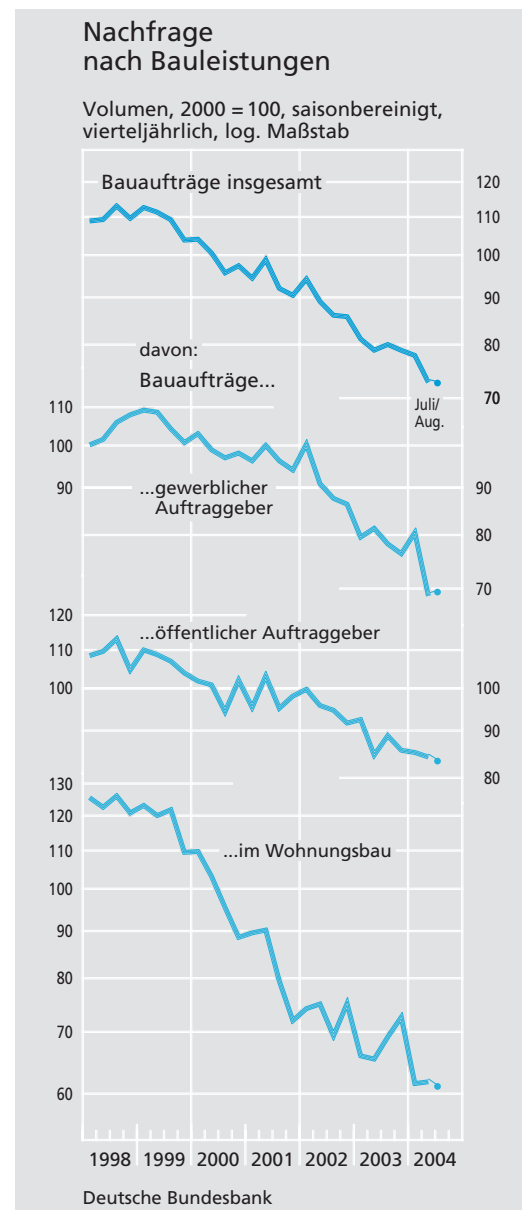
Speziell die Bestellungen aus dem Ausland, die über rund ein Jahr hin die treibende Kraft gewesen sind, waren hiervon betroffen. Das vierteljährliche Wachstum, das in der Expansionsphase durchschnittlich 2¾% betragen hatte, verringerte sich auf knapp 1%. Günstiger schnitten dabei die Hersteller von Investitionsgütern ab. Während der Maschinenbau und insbesondere der sonstige Fahrzeugbau, zu dem Flugzeuge, Schiffe und Schienenfahrzeuge gezählt werden, deutliche Auftragszuwächse erzielten, ist der Straßenfahrzeugbau gegenüber dem guten Vorquartal spürbar ins Minus gekommen. Bei den Vorleistungsgütern hat vor allem die Chemische Industrie zu einer Stabilisierung der Bestellungen

gen des gesamten Bereichs beigetragen. Die Hersteller von Konsumgütern konnten dagegen bei weitem nicht mehr an die herausragenden Geschäfte des zweiten Quartals anknüpfen. Saisonbereinigt fielen die Bestellungen um 2¾ % zurück.

Die Inlandsnachfrage, die schon zuvor nicht einmal halb so stark wie die Auslandsorders zugenommen hatte, ist in den Sommermonaten hinter dem Stand vom zweiten Quartal zurückgeblieben. Das Vergleichsniveau des Vorjahres wurde mit 3 % zwar weiterhin überschritten. Das Plus ist zuletzt aber deutlich kleiner geworden. Speziell die Hersteller von Investitionsgütern hatten, saisonbereinigt betrachtet, wie bereits im zweiten Quartal einen Rückgang der Aufträge zu verzeichnen. Nicht nur der Maschinenbau, auch die Datenverarbeitungsbranche und die Telekommunikation mussten Abstriche hinnehmen. Im Konsumgüterbereich wie auch bei den Vorleistungserzeugnissen ist der Umfang der Auftragserteilungen im dritten Quartal ebenfalls niedriger gewesen als zuvor. Einem deutlichen Anstieg des Ordereingangs sowohl in der chemischen als auch der Stahlindustrie standen dabei kräftige Verluste bei den Lieferanten wichtiger Produkte des Textilsektors und des Kunststoffgewerbes gegenüber.

Positive Auftragslage bei Dienstleistern

Unter den in die ZEW-Umfrage einbezogenen unternehmensnahen Dienstleistern berichteten insbesondere die Werbefirmen von einer positiven Auftragslage. Auch technische Beratung sowie Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten wurden vielfach gewünscht. Im Bereich der EDV dürfte häufig der Einsatz spezialisierter Unternehmen für die Einrich-



tung von Programmen notwendig gewesen sein. Im Gegensatz dazu stießen anders als in der ersten Jahreshälfte Telekommunikationsdienstleistungen nur mehr begrenzt auf Interesse. Auch Architekturbüros meldeten in großer Zahl einen spürbaren Auftragsmangel.

Die Nachfrage nach Bauleistungen blieb auch in den Sommermonaten schwach. Saisonbereinigt sind die Auftragseingänge beim Bau-

Schwache Baunachfrage

Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2004			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Okt.
Nahrungsmittel	0,7	-0,3	-0,6	-1,4
Gewerbliche Waren	0,9	1,8	1,6	1,5
darunter:				
Tabakwaren	4,4	12,2	12,2	12,2
Medikamente und therapeutische Geräte	17,2	23,2	23,2	23,3
Energie	-1,6	4,9	6,1	9,5
darunter:				
Mineralölprodukte	-6,3	7,7	10,3	16,3
Dienstleistungen	2,2	2,4	2,3	2,3
darunter:				
Ambulante und stationäre Gesundheitsdienst- leistungen	17,0	17,0	18,7	18,5
Mieten	1,1	1,0	1,0	1,2
Insgesamt	1,0	1,7	1,8	2,0
Insgesamt ohne Saisonwaren, Energie, Tabakwaren, Gesundheitspflege	0,6	0,5	0,5	0,4
Nachrichtlich:				
Harmonisierter Index	1,0	1,8	2,0	2,2

Deutsche Bundesbank

hauptgewerbe im Juli/August nochmals niedriger gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt April bis Juni. Wenngleich sich der Rückgang deutlich verlangsamte, der Vergleichsstand des Vorjahres wurde mit knapp einem Zehntel sogar stärker als zuvor unterschritten. Geringfügig günstiger war die Entwicklung allein im öffentlichen Bau, für den der Rückgang binnen Jahresfrist rund 6 ½ % betrug. Im gewerblichen Bau wie auch bei den Wohnungen lag die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr dagegen gleichermaßen im zweistelligen Bereich. Geht man von den Genehmigungen aus, so zeichnet sich für die Wohnungsbautätigkeit auch für die nächste Zeit keine Besserung ab. Mit lediglich 15 800 Wohnungen sind im Mittel von Juli bis September nochmals rund 11 ½ % weniger neue Wohnungen genehmigt worden als

im zweiten Quartal. Massiv zurückgegangen sind insbesondere die Bauabsichten für Eigenheime. Die Sommermonate lagen um nicht weniger als rund 13 % unter dem Frühjahrsquartal und 17 ½ % unter dem Vorjahr. Für Miet- und Eigentumswohnungen ergibt sich zwar auch eine Verringerung der Bauanträge. Mit nur wenig mehr als 8 % war die Abnahme aber deutlich geringer. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Baubereitschaft bereits seit mehreren Jahren drastisch gesunken ist.

Löhne und Preise

Die Lohnentwicklung in der Gesamtwirtschaft blieb 2004 recht moderat. So erhöhten sich die Tarifverdienste unter Einbeziehung aller Nebenvereinbarungen auf Monatsbasis im dritten Quartal 2004 um 1,1 %, verglichen mit einer Zunahme um 1,9 % beziehungsweise 1,6 % in den ersten beiden Quartalen des Jahres. Der geringere Anstieg der Tarifverdienste in den Sommermonaten ist zum einen auf die Streichung des Urlaubsgeldes für Beamte zurückzuführen, zum anderen wirkt sich ein Basiseffekt in der Metall- und Elektroindustrie aus, da dort den Arbeitnehmern im Jahr zuvor im Rahmen der ERA-Strukturkomponente eine Einmalzahlung gewährt wurde. Für das Jahr 2004 insgesamt zeichnet sich eine Zunahme der Tarifverdienste um 1 ½ % ab.

*Moderate
Lohn-
entwicklung*

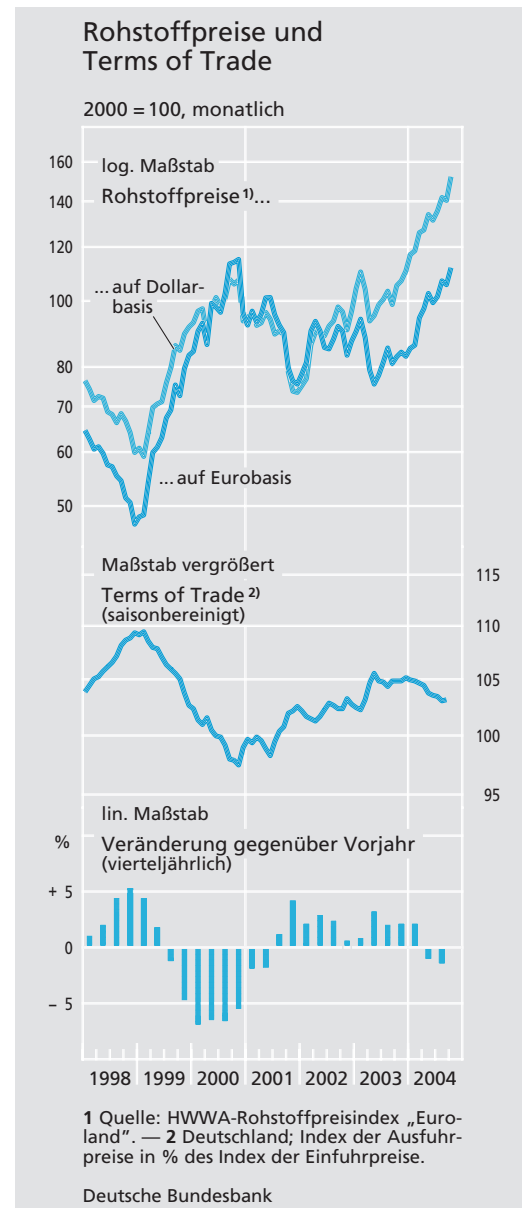
Zur Entwicklung der Effektivverdienste im Sommer liegen derzeit lediglich Angaben für die Industrie und das Bauhauptgewerbe vor. Danach waren die Löhne und Gehälter je Be-

schäftigten in der Industrie im dritten Quartal um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. Im Bauhauptgewerbe stiegen die Verdienste in den Monaten Juli und August ebenfalls um 1,1 %. In den Dienstleistungsbereichen ist die Zunahme der durchschnittlichen Effektivverdienste insbesondere wegen der starken Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung in Form von Mini-Jobs sehr wahrscheinlich deutlich niedriger gewesen. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt dürfte deshalb die Erhöhung der Effektivverdienste auch im dritten Jahresviertel spürbar hinter der Zunahme der Tarifverdienste zurückgeblieben sein.

Im Ergebnis wurde die Kostenrechnung der Unternehmen im dritten Quartal von der Lohnseite spürbar entlastet. Bei einer Zunahme der Produktivität je Erwerbstätigen um 1 % unterschritten die Lohnstückkosten auch im Sommer ihr Vorjahrsniveau recht deutlich. Sie bildeten damit ein wichtiges Gegengewicht zu dem kräftigen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise, zumal der Preiserhöhungsspielraum für viele Unternehmen derzeit sehr eng bemessen ist.

*Starke Energie- und Rohstoff-
verteuerung*

Die außenwirtschaftlichen Einflüsse haben die Preisentwicklung der letzten Monate im Inland stark beeinflusst. Rohöl der Marke Brent, an dem sich die Preise in Europa ausrichten, kostete je Barrel im Oktober fast 50 US-\$. Das waren 15 US-\$ mehr als Mitte 2004; gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Anstieg um mehr als zwei Drittel. Die Wertverluste des US-Dollar gegenüber dem Euro haben die Verteuerung aus der Sicht europäischer Abnehmer zwar etwas gedämpft. Mit knapp 60 % fiel die Steigerung aber auch hier sehr



hoch aus. Daran gemessen war der Preisauftrieb bei den international gehandelten Industrierohstoffen zwar moderat. Für sich genommen nahmen die Preise binnen Jahresfrist nach den Angaben des HWWA-Rohstoffpreisindex im Oktober mit mehr als einem Fünftel in US-Dollar und rund 15 % in Euro aber durchaus kräftig zu. NE-Metalle sowie Eisenerz und Schrott verteuerten sich um über 35 % beziehungsweise rund zwei Fünftel.

*Steigende
Einfuhrpreise*

Der internationale Preisauftrieb hat sich in den deutschen Einfuhrpreisen erkennbar niedergeschlagen. Importe von Rohöl waren im September um nahezu 40 % teurer als vor Jahresfrist, für Mineralölerzeugnisse musste sogar mehr als doppelt so viel gezahlt werden. Eisenerz sowie NE-Metallerze überschritten das Vorjahrsniveau um rund ein Viertel und Eisen- und Stahlerzeugnisse kosteten reichlich ein Drittel mehr. Wenn gleichwohl die Einfuhrpreise insgesamt den Stand vom September 2003 um nicht mehr als 2,7 % überschritten, so ist dies auf anhaltend niedrige Preise für Investitions- und Konsumgüter zurückzuführen. Erstere lagen zuletzt um 2,6 % unter dem früheren Niveau, letztere blieben um 1,5 % zurück. Dies weist darauf hin, dass die Energie- und Rohstoffverteuerung bisher bei den Fertigerzeugnissen nicht zu größeren Preisanpassungen geführt hat. Die nur verhaltene Nachfrage hat wohl zusammen mit einer starken Konkurrenz Preiskorrekturen merklich erschwert.

*Verschlechterung der
Terms of Trade*

Da sich die deutschen Exporte stark auf Fertigerzeugnisse konzentrieren, waren die Preissteigerungen für die Ausfuhrgüter insgesamt vergleichsweise niedrig. Auch wenn die einheimischen Lieferanten gegenüber ihren Abnehmern im Vergleich zu der entsprechenden Importkonkurrenz recht hohe Preise durchsetzen konnten – beispielsweise gingen bei den Exporteuren von Investitionsgütern die Preiszugeständnisse binnen Jahresfrist nicht über 0,3 % hinaus, während die Importeure ihre Angebotspreise zur gleichen Zeit um 2,6 % ermäßigten –, überschritten die Ausfuhrpreise insgesamt ihr Vorjahrsniveau im September lediglich um 1,0 %, während sich

die Einfuhren um 2,7 % verteuerten. Die Terms of Trade auf Basis der Außenhandelspreise haben sich daher zuletzt deutlich verschlechtert. Auf das Gesamtjahr bezogen, dürften sich die Verluste allerdings noch in Grenzen halten.

Bei den industriellen Abgabepreisen im Inland gab es ebenfalls große Unterschiede in der Preisentwicklung auf den einzelnen Fertigungsstufen. Hier waren Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten im Oktober um 0,5 % teurer als vor Jahresfrist; Verbrauchsgüter unterschritten, lässt man Tabakwaren wegen der Steueranhebung vom März außen vor, das Vergleichsniveau 2003 um 0,1%. Vorleistungsgüter dagegen übertrafen den Preisstand von vor zwölf Monaten um 5,2 %, für Energie waren es insgesamt 6,4 %. Zusammen genommen belief sich die Vorjahrsrate der Erzeugerpreise industrieller Produkte im Oktober auf 3,3 %, gegenüber 0,2 % im ersten Vierteljahr.

*Anstieg der
industriellen
Erzeugerpreise*

Die Preisveränderungen für Industrieerzeugnisse waren auch auf der Verbraucherstufe recht gering. Ohne Tabakwaren und Güter der Gesundheitspflege ergab sich im Oktober sogar ein Rückgang binnen Jahresfrist um 0,7 %. Nahrungsmittel konnten ebenfalls um 1,4 % billiger als 2003 eingekauft werden. Demgegenüber blieb der Preisanstieg bei den Dienstleistungen vergleichsweise kräftig. Die Gesundheitspflege nicht eingerechnet, belief sich die Vorjahrsrate hier auf 1,1 %. Ähnlich hoch waren die Anhebungen bei den Wohnungsmieten. Für alle diese Komponenten zusammen ergibt sich ein Preisanstieg gegenüber dem vorangegangenen Jahr von nur

*Hohe Gesamt-
rate, niedrige
Kernrate
auf der
Verbraucher-
stufe*

0,3 %. Rechnet man allerdings die Preiserhöhungen im Bereich der Energie (+ 9,5 %), die zu einem guten Teil steuerbedingte Verteuerung der Tabakwaren (+ 12,2 %) und die Preiswirkungen der Gesundheitsreform (+ 20,4 %) hinzu, so bedeutet das für die Lebenshaltung insgesamt eine Teuerung binnen Jahresfrist um 2,0 %. Das war doppelt so viel wie in den ersten Monaten des Jahres, als die Vorjahrsrate bei 1 % gelegen hatte.

*Bauleistungen
verteuert*

Die drastischen Rohstoffverteuerungen haben auch die Preise der Bauleistungen seit dem Frühjahr deutlich nach oben in Bewegung gebracht. Damit ist die seit Herbst 2001 anhaltende Phase weitgehend konstanter Baupreise ausgelaufen. Im August 2004 mussten für Baumaßnahmen 1,5 % mehr bezahlt werden als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Seit den letzten Oktobertagen sind die internationalen Ölpreise nach unten in Bewegung gekommen. Bis Mitte November sanken die Notierungen für Brent auf unter 45 US-\$. Das bedeutet immerhin eine Entlastung um reichlich 10 %. In Euro gerechnet waren es sogar gut 15 %, da der US-Dollar gegenüber der europäischen Währung an Wert einbüßte. Gleichwohl sind die Ölpreise noch immer merklich höher als zu Anfang dieses Jahres, als sie kaum über 30 ½ US-\$ hinausgegangen waren. Im Vorjahrsvergleich belaufen sich die Steigerungsraten weiterhin auf rund 45 %. Wenngleich die direkte ölbedingte Teuerung damit nicht mehr angetrieben wird, so werden sich durch den Ölpreisanstieg angestoßene Preiskorrekturen bei anderen Energieträgern und im Kostengefüge der Unternehmen noch fortsetzen.

*Leichter
Rückgang der
internationalen
Ölpreise*